

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Das EU-Mercosur-Abkommen muss komplett vom Tisch



Foto: Uwe Hirsch, CC BY-NC-SA 2.0

Eigentlich sollte die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (Juli bis Dezember 2020) sein. So stand es im ursprünglichen Programm für den EU-Vorsitz des bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedslands und größten Autoexporteurs. Beim EU-Gipfel am 9. November 2020 sollten die europäischen Regierungschefs ihr Ja-Wort geben. Dann regte sich immer mehr Widerstand, nicht nur auf der Ebene freihandelskritischer Aktivist*innen. Auch in den Hauptstädten monierten Parlamente, ebenso auf die Stimmung im Land schielende Minister. Ein Wendepunkt war die kritische Haltung Angela Merkels im Gespräch mit Fridays for Future-Aktivistinnen im August. Im Oktober votierte das Europäische Parlament gegen das Abkommen „in jetziger Form“. Nun wird die deutsche Bundesregierung die heiße Kartoffel an die nächste EU-Präsidentschaft Portugal (Januar bis Juni 2021) weitergeben. Gewonnen ist damit noch nichts, aber schon viel erreicht.

VON GABY KÜPPERS

Die Interessen der Kritiker*innen des Assoziationsabkommens EU-Mercosur sind nicht auf einen Nenner zu bringen. Sie könnten in ihrer Vielfalt und in der Summe dennoch den Ausschlag für ein Nein zum veralteten Werk geben. Etliche Studien zeigen inzwischen den Kern des Problems auf. Das Abkommen verfügt die Abwicklung sämtlicher wirklicher Gestaltungsmöglichkeiten, um Probleme von Klimawandel bis Pandemie in den Griff zu bekommen, und das zugunsten von Konzernen, die nicht daran interessiert sind, dass ihre Praktiken der Verlagerung und ihre Lieferketten kontrolliert werden (siehe auch Schwerpunkt der ila 339). Die EU und der Mercosur zusammen ergeben mit 770 Millionen Einwohner*innen den weltweit größten Handelsblock.

Mit gemeinsamen Regeln wären auf einen Streich globale Maßstäbe gesetzt.

Breiterer Widerstand entzündete sich an einer Katastrophe, die im engeren Sinne nicht Folge, sondern Symptom des Wirtschaftssystems ist, das auch dem Abkommen zugrunde liegt, dem brennenden Amazonas im August 2019. Die Brandrodungen entwickelten einen Schwelbrand der Befürchtungen. Am 29. Juni brach er an unerwarteter Stelle offen aus. Internationale Investmentfirmen schrieben einen Offenen Brief an Brasiliens Präsident Bolsonaro. Wenn er die Feuer nicht stoppe, ziehe man Investitionen zurück. Eine Vorbeugung gegen Imageschwund, die im Ton neu war. Bis Juli unterzeichneten mehr als anderthalb Millionen Menschen Petitionen an die EU-Kommission und die deutsche Präsidentschaft, um einen Stopp des Abkommens zu erreichen.¹ Sie glaubten Bolsonaros behaupteter Brandbekämpfung nicht, zu Recht. Diesen September bezifferte das brasilianische Weltraumforschungsinstitut INPE die Steigerung der Brandherde um 61 Prozent im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum, als schon alle Welt aufgeschrien hatte. Ein Aktivist brachte es auf den Punkt: „Das Chlorhähnchen des EU-Mercosur-Abkommens ist der Amazonas.“ Die Angst vor massenhaftem Import gechlortem Hühnerfleisch war nicht sein Kern, aber ein zentrales Motiv für den öffentlichen Widerstand gegen das EU-US Abkommen TTIP gewesen. Es wurde Ende 2016 fallengelassen.

Im Frühsommer fürchteten viele Aktivist*innen, die europäischen Sommerferien, gepaart mit dem brennenden Covid-Thema, könnten Aktionen gegen das EU-Mercosur Abkommen erlahmen lassen, bevor sie entscheidend an Fahrt gewannen. Kontinentübergreifende Amazonienaktionstage vom 28. bis 30. August, bei denen Fridays for Future kräftig mit organisierten, bewiesen das Gegenteil. Eine repräsentative Umfrage von SumOfUs, veröffentlicht am 10. September, ergab: Drei von vier Europäer*innen lehnen den Deal ab.

Am 18. September meldeten sich der kleinbäuerliche Verband Via Campesina, die Milchwirtschaft sowie

Foto: Protest gegen das EU-Mercosur-Abkommen vor dem Kanzleramt in Berlin am 29. Juni 2020

1) Petitionen stammen von Campact, Rainforest Rescue/regenwald.org/sauvonlaforet.org; SumOfUs; WeMove.eu; Greenpeace Germany; Foodwatch; MesOpinions u.a.

Demeter International und mobilisierten zum EU-Handelsministertreffen (20. bis 21. September) zu einem Protesttag vor dem Berliner Bundeswirtschaftsministerium. Ihr Motto: „Freihandelsabkommen in die Tonne“. Statt Korrektur verlangen sie eine Neuausrichtung. Mit dem jetzigen Abkommen würden Exportorientierung und damit weitere Industrialisierung vorangetrieben; die Agroindustrie hüben wie drüben in Amazonien verdränge die kleinbäuerliche Landwirtschaft verschärft.

Natürlich hat Houston hier ein Problem.² Bei Brandrodungen zugunsten von Sojaplantagen zur Fütterung europäischer Schweine werden Indigene vertrieben, ihre Rechte auf kommunalen Landbesitz kriminellst ignoriert, weitere Pandemien durch das Verschieben der Agrargrenze vorprogrammiert. Doch die Raupen mit ihren Kettensägenmännern sind so gefräßig, weil die Konsument*innen so hungrig sind und weil sie im Unklaren gehalten werden, wo Produkte herkommen und wie sie zustande kommen. Aktionen gegen die Supermarktkette Casino in Frankreich in diesen Tagen zeigen auf, was fehlt: ein Lieferkettengesetz.

Dieses wird jetzt endlich im Europäischen Parlament diskutiert, ebenso wie ein Gesetz gegen illegalen Holzeinschlag. Das Thema schmeckte bislang noch keinem der EU-Handelskommissare. Sie setzten stattdessen allesamt stets auf freiwillige Sorgfalt der Unternehmen, zuletzt vollmundig der Ire Phil Hogan. Erst im Juli legte er die für alle Abkommen verpflichtend zu erstellende „Soziale Folgenabschätzung“ (SIA) vor. Die NRO „Client Earth“ hatte wegen des Verzugs bereits Klage beim EU-Ombudsmann eingereicht. Kaum erstaunlich: Das SIA bezieht sich ausschließlich auf Wirtschaftswachstum und wurde prompt von Aktivist*innen und Ökonom*innen in der Luft zerrissen. 0,1 Prozent Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bis 2032, kaum Auswirkungen auf Beschäftigung, was soll das Ganze dann?

Am 26. August trieb Hogan nicht solcher Unsinn, sondern seine Missachtung von Corona-Abstandsregeln aus dem Amt. Sein Nachfolger, der Lette Valdis Dombrovskis, zuvor Wirtschaftskommissar und Vizekommissionspräsident, erkannte die Zeichen. Vor Abgeordneten des EP-Handelsausschusses INTA räumte er am 2. Oktober ein, „in der jetzigen Form“ sei das Abkommen nicht zu ratifizieren. Man müsse Vorbedingungen aushandeln. Ersterem stimmte auch das EP-Plenum am 7. Oktober mehrheitlich zu.

Anfang September noch hatte der amtierende Handelsratspräsident Altmaier im INTA behauptet, die Abkommensratifizierung bleibe Priorität, kein Komma würde mehr geändert. Er liebäugelte mit dem Anfügen einer „Interpretativen Erklärung“, um Abkommenskritiker*innen zu beruhigen. Die Befürchtung ging um, die deutsche Ratspräsidentschaft werde das dreiteilige Assoziationsabkommen zur Ratifizierung splittern, um den nicht von nationalen Parlamenten abzustimmen-

den Handelsteil nach einem Brüsseler Votum alleine in Kraft zu setzen. Schließlich hatten zuerst Österreichs, dann Hollands und Luxemburgs Parlamente ihre Regierungen zur Ablehnung aufgefordert. Der Split ist aktuell wohl vom Tisch, nicht aber die Reaktion der Regierungen der EU-Mitgliedsländer auf die steigende Ablehnung in der Bevölkerung. In Österreich wurde die Parlamentsmeinung Teil der Koalitionsvereinbarung. Wichtiger, weil unerwartet, war ein „Non-Paper“ der Niederlande und Frankreichs Anfang Mai. Gemeinhin wirtschaftspolitisch konträr positioniert, fordern sie darin gemeinsam ein Umdenken sowie durchsetzbare Handelsregeln in den Bereichen Umwelt, Klima und Soziales, ein Schock, den die EU-Kommission wie auch die deutsche Regierung herunterzuspielen versuchten. Mitte September erschien in Frankreich eine Expertenstudie zum Nachhaltigkeitskapitel im Abkommen. Präsident Macron hatte sie in Auftrag gegeben, um sein Lamento, „Bolsonaro hat mich mit seiner Verpflichtung auf das Pariser Klimaabkommen belogen“ in eine positive Haltung zur Ratifizierung zu verwandeln. Die Studie urteilt moderat. Macrons Minister Franck Riester formulierte es am 21. September in Berlin so: „Wir wollen nicht alle Anstrengungen über Bord werfen.“ Will sagen? Irlands Regierung, von Hogan befreit, rang sich am 29. September zu einem „No Deal ohne einklagbare Garantien“ durch. Nur Spaniens sozialdemokratische (!) Regierung drängt weiter auf rasche Ratifizierung.

Dem deutschen Ratsvorsitz fallen inzwischen die eigenen Leute in den Rücken. In Koblenz auf das Abkommen angesprochen, bemängelte just die deutsche Agrarministerin Julia Klöckner am 29. August im Kreise ihrer europäischen Kolleg*innen negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Mehrere von ihnen zogen umgehend nach.

Im Mercosur werden Regierungen nervös, allen voran die brasilianische, die bislang bei dem Thema den Feind in „fremdgesteuerten NGOs“ ausmachte. Im November sind dort Kommunalwahlen. Bolsonaros Unterstützer gehören im Nordosten zu den Brandstiftern. Aktivist*innen der vier Länder wollen gemeinsam zuvor noch eine große Ablehnungserklärung herausbringen.

Am 9. Oktober leakte Greenpeace die bislang noch unveröffentlichten Abkommensteile. Die bis dahin geheimniskrämerische Generaldirektion Außenpolitik EEAS zog kurz darauf nach, setzte die Texte auf ihre Website und musste damit eingestehen, dass auch diese Teile lediglich nicht einklagbare Selbstverpflichtungen enthalten. Die deutsche Priorität Abkommensratifizierung am 9. November ist wohl dahin. Das ist ein Etappensieg, der an dem Tag mit Aktionen gewürdigt werden wird. Wer immer noch den Sirengesängen der Befürworter*innen glaubt, mit dem Abkommen könne Bolsonaro zu Verstand gebracht werden, schaue sich den Mythenknacker von Greenpeace International³ vom 5. Oktober an. Es geht nicht um Bolsonaro, es geht ums Modell. ■

2) Für alle, die das geflügelte Wort „Houston, wir haben ein Problem“ nicht mehr kennen: Es bezieht sich auf einen Funkspruch, der am 13. April 1970 von der Besatzung der Apollo 13 an die NASA-Missions-Überwachungszentrale in Houston gerichtet wurde. Auf dem Weg zum Mond war nämlich ein Sauerstofftank explodiert.

3) www.greenpeace.org/eu-unit/issues/democracy-europe/45118/eu-mercotur-mythbuster/